

#### IV. HERAUSFORDERUNGEN SOZIALETHISCHER REFLEXION AN DER JAHRTAUSENDSCHWELLE

THOMAS HOPPE

### Bewahrung der Schöpfung als Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit. Sozialethische Argumentation angesichts der Strukturgemeinsamkeiten weltweiter Verantwortungsfelder

»Friede mit Gott dem Schöpfer – Friede mit der ganzen Schöpfung«: unter dieses Motto stellte *Papst Johannes Paul II.* den Weltfriedenstag 1990.<sup>1</sup> Er erweiterte damit das herkömmliche Verständnis der Aufgabe der Friedensförderung<sup>2</sup> um einen neuen Gegenstandsbereich, von dem aus auch die Einsicht, daß Frieden ohne Gerechtigkeit nicht sein kann, nochmals als extensionale Verengung erscheint. Die Argumentation des Textes beschränkt sich nicht auf appellativ-paränetische Formeln, sondern verwendet an vielen Stellen das der normativen Ethik eigene

---

<sup>1</sup> Vgl. Botschaft seiner Heiligkeit *Papst Johannes Paul II.* zur Feier des Weltfriedenstag am 1. Januar 1990, Vatikanstadt 1989.

<sup>2</sup> Gewöhnlich unterscheidet man – im Anschluß an die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanums »*Gaudium et Spes*« sowie den Beschlußtext »Entwicklung und Frieden« der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland – Friedenssicherung und Friedensförderung als friedensethische Handlungsfelder. Während klassische sicherheitspolitische Aufgaben schwerpunktmäßig als Fragen der Friedenssicherung bestimmt werden, besteht friedensförderndes Handeln darin, die Ursachen möglicher künftiger Kriege zu bekämpfen, und zwar vornehmlich mit politischen Mitteln. In diesem Zusammenhang gerät vor allem die Verbindung zwischen Frieden und Gerechtigkeit in den Blick. Heute verbreitet sich zusehends die Einsicht, daß beide Dimensionen des Friedenshandelns – Sicherung und Förderung des Friedens – keine disparaten, additiv zu verknüpfenden Aspekte darstellen, sondern sich vielfach wechselseitig bedingen und durchdringen können. Damit wäre die Aufgabe der Friedensförderung gegenüber derjenigen der Friedenssicherung zwar als umfassender angelegt, nicht jedoch als prioritär zu beschreiben: wer über dem Interesse, einen nichtkriegerischen Status quo zu sichern, die Frage nach der ethischen Qualität dieses Status quo vergißt, läuft Gefahr, am Ende auch die bescheidener vorgestellte Zielsetzung der Friedenssicherung selbst zu verfehlen.

Sprachspiel. An Gründen, Probleme einer Umweltethik in den Kontext päpstlicher Botschaften einzubeziehen, fehlt es nicht:

- Zum einen sind die Probleme, in denen sich die heutige Umweltkrise manifestiert, zu dringlich und von zu großer Tragweite, als daß sich ohne weitere Prüfung voraussetzen ließe, das Notwendige sei bereits erkannt und werde von den jeweils Geeignetsten entschlossen genug umgesetzt.
- Zweitens lassen sich Defizite an internationaler Gerechtigkeit, Formen des Unfriedens und Bedrohungen unserer natürlichen Umwelt heute nicht mehr voneinander getrennt analysieren. Dies verbietet die Verflechtung, in der diese Probleme häufig begegnen und von der der Eindruck, sie seien möglicherweise überhaupt unlösbar, wesentlich herrührt.<sup>3</sup>
- Schließlich bietet die Umweltkrise durchaus Grund zu einer tugendethischen Rückfrage: machen wir von unseren technischen und konsumtiven Möglichkeiten in einer Weise Gebrauch, die sich mit elementaren Standards vor allem auf dem Feld internationaler Gerechtigkeit und mit unserer Verantwortlichkeit für das Schicksal unserer Kinder und Enkel vereinbaren läßt? Resultiert also die Umweltkrise auch aus einer Einstellung zum Wertcharakter der Schöpfung, die es dringend neu zu überprüfen gilt?

Dieser Beitrag beansprucht nicht mehr, als jede der genannten Dimensionen des Themas ein Stück weit zu entfalten und zu verdeutlichen, in welchem Maße sie eine gemeinsame ethische Grundstruktur aufweisen. Kennzeichnend für die Probleme der Friedensbewahrung, der Gestaltung einer gerechteren Weltordnung und der Bewahrung der natürlichen Umwelt ist vor allem ihre Komplexität. Ob die Bewältigung dieser Probleme gelingt, hängt vom faktischen Zusammenwirken einer Vielzahl verantwortlicher Akteure ab, das jedoch häufig unkoordiniert erfolgt; in den daraus resultierenden Fehlsteuerungen und Einbußen an Effizienz liegt eine der Hauptschwächen des internationalen politischen Systems der Gegenwart. Insoweit gilt es, gerade angesichts der Chancen, die sich mit den politischen Veränderungen in Ost- und Ostmitteleuropa ergeben haben, über notwendige Strukturreformen im Bereich supranationaler politischer Entscheidungsfindung nachzudenken. Andererseits wäre zu verhindern, daß sich dort allzu zentralistisch anmutende Verfahrensweisen etablieren, die den erforderlichen Freiraum für eigenständige Politik

<sup>3</sup> Vgl. *Hans-Peter Dürr*, in: Frankfurter Rundschau 4. 12. 1989, 8.

unterhalb der Ebene supranationaler Institutionen nicht mehr garantieren könnten; dies stünde dem Subsidiaritätsgrundsatz ebenso entgegen<sup>4</sup> wie einem sorgsam ausgearbeiteten Gefüge von »checks and balances« im Interesse einer vernünftigen Begrenzung und Kontrolle der Macht der Exekutive. Strukturreformen allein dürften allerdings zur Bewältigung der genannten globalen Herausforderungen an politische Phantasie und Gestaltungsfähigkeit nicht hinreichen; auch eine Steigerung der Effizienz solchen Handelns ist nur dort zu wünschen, wo sich die Akteure von ethischen Maßstäben leiten lassen, über die sie sich zuvor reflex Rechenschaft abgelegt haben. Ein kirchlicher Beitrag zum Thema, wie ihn die päpstliche Botschaft darstellt, kann nicht umhin, diese gegenüber den politisch-praktischen Fragen tiefer liegende Ebene zur Sprache zu bringen.

## I. DIE TRAGWEITE DER UMWELTKRISE

Bhopal, Tschernobyl, der Sandoz-Skandal von Basel, Tankerhavarien mit katastrophalen Ölpesten im Gefolge – solche Ereignisse, nahezu verzugslos und in Farbe weltweit via Fernsehen in die Wohnstuben übertragen, vermögen uns immer erneut zu erschüttern, und das ist gut so. Am meisten empört dabei das schier unfaßbare Maß an Leichtsinn und Verantwortungslosigkeit, das regelmäßig alsbald hinter solchen Katastrophen erkennbar wird. Und doch begegnet in ihnen die Umweltproblematik noch nicht in ihrer extremen Zuspitzung; eher sind solche Katastrophen ein Menetekel, ein warnender Hinweis darauf, was möglich wird, wenn wir unseren Fortschrittsoptimismus nicht mit den realen Folgen dieses Fortschritts konfrontieren. Unabhängig von den Konsequenzen, die beim Versagen großtechnischer Anlagen zu erwarten stünden, könnte die Menschheit bereits durch einfaches Beibehalten bisheriger umweltschädigender Wirtschaftsweisen ihre eigene Lebensgrundlage und die kommender Generationen aufs Spiel setzen. Einige Beispiele seien genannt, ohne daß die Tragweite der Umweltkrise damit erschöpfend umrissen wäre:

- Der Treibhauseffekt, also die Anreicherung der Atmosphäre vor allem mit Kohlendioxid, Stickoxiden und Methan, aber auch mit Fluorchlor-

---

<sup>4</sup> Diesen Grundsatz zu wahren, ist ein wichtiges Anliegen der Erklärung »Zur Zukunft der europäischen Integration« der Kommission I »Politik, Verfassung, Recht« des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 14. 11. 1990.

kohlenwasserstoffen (FCKW), wird in absehbarer Zeit zu einem weltweiten Anstieg der Jahresdurchschnittstemperaturen führen. Dieser Effekt beruht überwiegend auf der Verbrennung fossiler, nicht erneuerbarer Energieträger (Kohle, Öl, Gas), die noch dazu effizienter als zum Zweck der Verfeuerung genutzt werden könnten. Der Energiebedarf, der sich bei weiterem ungebremstem Wirtschaftswachstum weltweit ergeben dürfte, läßt es nahezu aussichtslos erscheinen, diesen Erwärmungseffekt zu stoppen oder gar rückgängig zu machen. Ganze Küstenregionen sind durch den vorhersehbaren Anstieg der Meeresspiegel infolge eines Abschmelzens der Polkappen bedroht; die heutigen Klimazonen könnten sich unkalkulierbar verschieben, das Aussterben vieler Tier- und vor allem Pflanzenarten könnte dramatisch beschleunigt werden. Gleichzeitig dürfte sich die landwirtschaftliche Produktivität vor allem in den armen Ländern der Erde verringern, wodurch dort Hunger und Not noch gesteigert würden. Auch wenn in der wissenschaftlichen Diskussion unterschiedliche Auffassungen über Zeitpunkt und Größenordnung solcher Veränderungen bestehen, sind die Trends selbst eindeutig und besorgniserregend genug.<sup>5</sup>

- Schon heute ist absehbar, daß sich eine Verringerung der Verwendung von FCKW auf 50% bis 1998, wie sie vor einigen Jahren international verabredet wurde, als viel zu gering ausnimmt. Ohne eine drastischere Beschränkung dürfte sich die Ozonschicht im oberen Bereich der Erdatmosphäre, der eine für irdisches Leben unerläßliche Schutzfunktion vor harter zellschädigender Strahlung zukommt, weiter stetig verringern.
- Das Problem, wie sich die Abfallprodukte unserer Produktionsprozesse umweltverträglich entsorgen lassen, erscheint auf nahezu allen Gebieten letztlich ungelöst. Dies beginnt bei den Mengen an gewöhnlichem Hausmüll, die wir täglich erzeugen und deren Beseitigung uns ohne die Hilfe benachbarter Staaten bereits heute nicht mehr möglich wäre; es endet bei allen Arten von Sondermüll, die offenbar zunehmend auch auf kriminellem Weg außer Landes gebracht und in der Dritten Welt unkontrolliert abgelagert werden.<sup>6</sup>
- In vielen Ländern der Dritten Welt – für die im übrigen die Bezeichnung »Zwei-Drittel-Welt«<sup>7</sup> eigentlich viel treffender ist – schreiten

---

<sup>5</sup> Vgl. statt anderer *Udo Ernst Simonis* und *Ernst Ulrich Freiherr von Weizsäcker*, Globale Umweltprobleme. Neun Thesen, in: *Europa Archiv* 45 (1990) 1–12.

<sup>6</sup> Vgl. z. B. *Fritz Vorholz*, Gefangen in der Abfallklemme, in: *Die Zeit* Nr. 6 / 2. 2. 1990, 22.

<sup>7</sup> So z. B. im Schlußdokument der Europäischen Ökumenischen Versammlung »Frieden in Gerechtigkeit« in Basel vom 20. 5. 1989, Ziff. 85.

Bodenerosion und Landschaftszerstörung voran; sie sind vor allem Folgen der Abholzung und Brandrodung großer Waldgebiete. Zusätzlich beschleunigt die Vernichtung der tropischen Regenwälder den Treibhauseffekt, da immer weniger Kohlendioxid auf photosynthetischem Weg der Atmosphäre wieder entzogen werden kann. Industrialisierung und Zersiedelung der Landschaft werden überall dort zu einem ökologischen Problem, wo erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklungsprozesse soeben noch Quelle von Erleichterung und Hoffnung gewesen sind.

Wo berühren diese Fragen die Themenkreise »Gerechtigkeit« und »Frieden«?

## II. DIE VERFLECHTUNG DER PROBLEME

Armut – Raubbau an der natürlichen Umwelt – Krieg: die alltäglichen Lebensumstände und die Zukunftsperspektive der meisten Menschen in den Ländern des Südens lassen sich mit diesen Stichworten umschreiben. Ihr Recht auf eine menschenwürdige Existenz erscheint noch nicht einmal auf der elementaren Ebene eines Minimums an materieller Versorgung gewahrt, von weitergehenden menschenrechtlichen Grundforderungen nach individueller Freiheit und Chancen zur Teilhabe am politischen Willensbildungsprozeß ganz zu schweigen. Nach einem Bericht des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF sterben in Entwicklungsländern *täglich vierzigtausend Kinder* vor Hunger oder an Krankheiten, die mit billigen Impfstoffen zu bekämpfen wären; und dies in erster Linie infolge der hohen Verschuldung und der Militärausgaben dieser Staaten.<sup>8</sup> Nicht selten beruht diese Verschuldung selbst gerade

---

<sup>8</sup> Vgl. den Bericht »Die Not der Kinder in der Dritten Welt steigt dramatisch«, in: Frankfurter Rundschau, 13. 12. 1989, 1: »Mit einem Aufwand von rund 2,5 Milliarden Dollar im Jahr könnten die medizinischen Probleme aller dieser Kinder gelöst werden, schreibt UNICEF »Das ist ... soviel, wie die Sowjetunion für Wodka ausgibt. Es ist soviel, wie US-Firmen für Zigarettenwerbung ausgeben. Das sind rund zwei Prozent der Militärausgaben der Entwicklungsländer und weniger als die weltweiten Rüstungsausgaben für einen Tag«. – Nichts an diesem Skandal (vgl. Gaudium et Spes Nr. 81: »Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen«) wird dadurch erträglicher, daß man ihn offenkundig nicht sofort und mit einfachen Maßnahmen beenden kann. Zwar ist nicht garantiert, daß freiwerdende Mittel aus Rüstungsetats zur Linderung der Nöte der Armen verwendet würden; doch daraus folgt keineswegs, daß man schon den Versuch unterlassen dürfte, solche Mittel einer vernünftigeren Verwendung als dem Ankauf immer neuer Waffen zuzuführen.

darauf, daß der Ankauf von Rüstungsgütern vor Entwicklungsprojekten rangiert, die breiten Kreisen der armen Bevölkerung zugute kämen. Unterdessen wächst die Bevölkerungszahl weiterhin exponentiell, und dies wesentlich deswegen, weil viele angesichts des Fehlens eines funktionsfähigen Alters- und Sozialversicherungssystems sich nur von einer hohen Kinderzahl erhoffen, eine Chance auf ein halbwegs erträgliches Leben im Alter zu bekommen. Der ethische Appell an die Armen, die eigene Familienplanung auch unter dem Gesichtspunkt zu betreiben, daß ungebremstes Bevölkerungswachstum eine Eskalation der sozialen Probleme nach sich ziehen, also kontraproduktiv enden kann, verhält deswegen mehr oder minder wirkungslos; bei aller begründeten Kritik an menschlich und moralisch nicht erträglichen Formen der Geburtenkontrolle wäre es unredlich, diese Wahrheit zu verschweigen.<sup>9</sup> Im Idealfall mag gelten, daß unsere Erde wesentlich mehr Menschen ernähren könnte als die heute lebenden; doch setzt dies eine so weitreichende Veränderung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedingungen unseres Zusammenlebens voraus, daß dieses Ideal nicht zur Eingangsvoraussetzung heutiger Planungen erklärt werden darf. Gegenwärtig realistische Berechnungen gehen davon aus, daß sich bis zum Jahr 2030 die Weltbevölkerung noch einmal beinahe verdoppeln dürfte. Ökonomen belehren uns, daß sich bis dahin das Weltwirtschaftsvolumen verfünf- bis verzehnfachen müßte, wenn auch nur die bescheidensten Grundbedürfnisse dieser künftigen Bevölkerung erfüllt werden sollen.<sup>10</sup> Wer präsentiert uns ein Energieversorgungskonzept, das die ökologischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung erträglich hielte?<sup>11</sup>

Auch im Raubbau an der natürlichen Umwelt, wie er in der Brandrodung ausgedehnter Waldflächen und in übermäßiger landwirtschaftlicher Nutzung der Böden sichtbar wird, begegnet der Versuch, wachsender Verelendung zu entgehen; dabei würden diese Formen eines umweltschädigenden Wirtschaftens weitgehend überflüssig, wenn es in diesen Ländern zu einer sozial orientierten Landreform käme und die allgegenwärtige Korruption entschlossen bekämpft würde. Ökologische Belastungen in Ländern der Dritten Welt hängen jedoch ebenso entscheidend mit

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu soeben *Franz Böckle/Hans-Rimbert Hemmer/Herbert Kötter*, Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, hrsg. von der Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1990, bes. 27ff.

<sup>10</sup> Vgl. *William C. Clark*, Verantwortliches Gestalten des Lebensraums Erde, in: *Spektrum der Wissenschaft* Nov. 1989, 48–56.

<sup>11</sup> Vgl. *Horst Bieber*, Hoffen auf ein Wunder. Entwicklungshilfe contra Umweltpolitik – das böse Dilemma, in: *Die Zeit* Nr. 44 / 26. 10. 1990, 26.

deren Verschuldungssituation zusammen, die sie zur Übernutzung ihrer Ressourcenbasis nahezu zwingt. Das Beispiel zeigt besonders deutlich, wie eng ungerechte Verteilungsverhältnisse und ökologisch nicht verträgliche Bewirtschaftungsweisen miteinander zusammenhängen können; die Folgen solchen Raubbaus könnten schließlich auch jene bedrohen, in deren Macht es gelegen hätte, beizeiten ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Dieser letzte Gedanke, daß bereits längerfristig betrachtetes eigenes Interesse – noch vor jeder ethischen Argumentation – dazu nötigt, gerechtere Lebensverhältnisse zu schaffen, läßt sich ebenso am Problem der Kriegsverhütung aufzeigen. Unsere heutigen Kriegsverhinderungskonzepte entstanden wesentlich im Kontext des Ost-West-Konflikts nach 1945; die potentiellen Kriegsursachen, gegen die sie schützen wollen, sind daher kaum solche, auf die man bei einer Analyse der Nord-Süd-Problematik stößt. Die großen Bevölkerungsbewegungen im Süden bestehen häufig aus Flüchtlingsströmen von Menschen, die der unmittelbaren Bedrohung an Leib und Leben durch Kriege, Bürgerkriege sowie Hunger und Elend in deren Gefolge zu entgehen hoffen. Nicht selten greifen dort Menschen zur Gewalt, weil sie keine Hoffnung mehr haben, daß Elend und Unterdrückung noch auf friedlichem Wege zu überwinden wären. Diese Tragik wird noch dadurch verschärft, daß gerade Kriege und bürgerkriegsähnliche Konflikte eines der größten Hindernisse für ein rationales, geplantes Handeln im Dienste des Umweltschutzes darstellen.

Wenn es nicht gelingt, die ökologische Krise zu bewältigen, so könnten sich einst zu den bekannten Flüchtlingsbewegungen neue hinzugesellen, in denen die Menschen ihrer zunehmend zerstörten und lebensfeindlich gewordenen Heimat und ihrem wachsenden Hunger zu entfliehen suchen.<sup>12</sup> Was berechtigt zu der optimistischen Prognose, daß sich auch diese neuen Verteilungskämpfe und das in ihnen stets latent enthaltene Gewaltpotential politisch begrenzen lassen? Nicht nur das physikalische, auch das weltpolitische Klima könnte sich schneller verändern, als es heute vorstellbar erscheint. Muß kriegsverhütende Politik nicht den Bezugsrahmen ihrer Bedrohungsanalysen von Grund auf neu definieren? Muß sie sich nicht zunehmend fragen, ob die Risiken und Kosten heutiger militärischer Friedenssicherung noch im angemessenen Verhältnis stehen zu den Erfordernissen, die sich aus veränderten weltweiten Herausforde-

---

<sup>12</sup> Vgl. *Ulrich Beck*, Risikogesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 36 / 1. 9. 1989*, 3–13.

rungen auf benachbarten Gebieten politischer Verantwortlichkeit ergeben?<sup>13</sup>

Vor dem Hintergrund dieser beunruhigenden Bilanz von Tatsachen und Trends stellt sich die Frage nach ihren spezifisch moralischen Aspekten noch dringlicher. Es gilt, unsere Grundhaltungen diesen Entwicklungen gegenüber zu hinterfragen; doch darüber hinaus sind Maßstäbe und Kriterien, mit denen herkömmlicherweise Fortschritt und Risiken bewertet werden, einer Revision zu unterziehen. Abschließend wird zu prüfen sein, zu welchen grundsätzlichen Entscheidungen im Felde von Gesellschaft und Politik die heutige Situationsanalyse nötigt.

### III. DER WERTCHARAKTER ALLES GESCHAFFENEN

In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 1990 erinnert der Papst an den Wertcharakter alles Geschaffenen, indem er als Ausgangspunkt seiner Argumentation festhält: »Die Achtung vor dem Leben und, an erster Stelle, vor der Würde der menschlichen Person ist die fundamentale inspirierende Norm eines gesunden wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlichen Fortschritts«<sup>14</sup>. Dies »beinhaltet auch die Achtung vor und die Sorge für die Schöpfung, die berufen ist, mit dem Menschen zusammen Gott zu verherrlichen«<sup>15</sup>. Sie ist das Gegenteil eines Anthropozentrismus, der Wert und Unwert der den Menschen umgebenden belebten und unbelebten Natur ausschließlich nach Kriterien der Nützlichkeit für menschliche Zwecke zu ermessen sucht. Der Auftrag an den Menschen, sich die Erde untertan zu machen, meinte ja nicht Ermächtigung zur Willkür; er appelliert vielmehr an die Verantwortung eines Hegers und Verwalters, der um den Eigenwert des ihm anvertrauten Gutes weiß und darum, daß er es niemals selbst hervorzubringen vermag. Solche Achtung vor dem Eigenwert des Geschaffenen und vor der Würde der menschlichen Person beinhaltet allerdings soziale und politische Implikationen. Die Erde und ihre Güter erscheinen in solcher Perspektive als – wie der Papst unterstreicht – »gemeinsames Erbe, dessen Früchte allen zugute kommen sollen«<sup>16</sup>. Und er zieht daraus die Konsequenz: »Es

---

<sup>13</sup> Auch unter diesem Blickwinkel hätte eine Auseinandersetzung mit den Fragen einer europäischen Friedensordnung nach dem Ende des Kalten Krieges zu erfolgen, wie sie derzeit in aller Munde ist.

<sup>14</sup> Botschaft (s. Anm. 1), Nr. 7.

<sup>15</sup> Ebd., Nr. 16.

<sup>16</sup> Ebd., Nr. 8.



ist nämlich ungerecht, daß einige wenige Privilegierte fortfahren, überflüssige Güter aufzuhäufen, indem sie vorhandene Ressourcen verschwenden, wenn gleichzeitig unzählige Menschen im Elend oder auf der Ebene des Existenzminimums leben.«<sup>17</sup> Individuelle wie kollektive Gier und Egoismus erscheinen dem Papst als mächtige Triebkräfte hinter jenen Entwicklungen, deren Auswirkungen wir schon heute mit Schrecken zur Kenntnis nehmen. Fehlende Solidarität verweigert nicht nur dem Armen den ihm zustehenden Anteil am gemeinsamen Erbe der Menschheit; sie bedroht, indem sie für alle offenkundig die Überwindung krassen Unrechts auf später vertagt, auch direkt und nachhaltig den politischen Frieden. Der »Frieden mit der ganzen Schöpfung« ist »vom Frieden unter den Völkern nicht zu trennen.«<sup>18</sup>

Sinn für Gerechtigkeit und dafür, daß es Partikularinteressen dem Gemeinwohl der ganzen Menschheit unterzuordnen gilt; ein ethisch reflektierter Umgang mit den Möglichkeiten, die der wissenschaftliche Fortschritt erschließt; ein Bewußtsein der Grenzen, die dem Menschen gesetzt sind, wenn sein Handeln im Einklang mit den Lebensgesetzen seiner Umwelt bleiben soll; dies sind Haltungen, die unterdessen weitgehend abhanden gekommen sind. Der technische Rationalitätsbegriff ist wesentlich instrumentell; er fragt danach, ob bestimmte Mittel zur Erreichung vorgegebener Ziele geeignet sind. Wer aber fragt nach der Vernünftigkeit der dabei vorausgesetzten Zwecke? Noch immer ist die Auffassung anzutreffen, Naturwissenschaft und Technik seien zunächst wertfreie Gegebenheiten, ihre Fragestellungen und Methoden seien daher unter Rückbezug auf eine wertgebundene Argumentation nicht zu kritisieren. Aus der Perspektive eines Physikers, der naturwissenschaftliche Forschung nicht nur vom Hörensagen kennt, lehnt *Carl Friedrich von Weizsäcker* eine solche Vorstellung als naiv ab: »Was sich selbst als neutral gegen bestehende Werte versteht, kann in jeden Dienst gestellt werden – und wird in dem Dienste wirken, der sein Wachstum faktisch ermöglicht hat; die Ideologie der Wertneutralität schafft eine künstlich behütete Blindheit gegen die eigenen Konsequenzen.«<sup>19</sup>

Ein erneuertes Ethos, das in die Lage versetzt, den Herausforderungen der durch Technik und Wissenschaft gewandelten Lebenswelt gerecht zu werden, fordert statt solcher Ideologien eine, wie es der Papst formuliert, »Erziehung zur ökologischen Verantwortung«; eine Rückbesinnung auf

---

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Ebd., Nr. 16.

<sup>19</sup> *Carl Friedrich von Weizsäcker*, *Der Garten des Menschlichen*, München 1977, 65.

Tugenden wie »Einfachheit, Mäßigung, Disziplin und Opfergeist«<sup>20</sup>. Wir können anderen Ländern unseren Lebensstil nicht guten Gewissens als Vorbild anempfehlen; im Gegenteil sind wir mit dafür verantwortlich, ob es gelingt, zwischen dem nur allzu leicht nachvollziehbaren Bedürfnis gerade auch in den Ländern des europäischen Ostens, nun unter gewandelten politischen Verhältnissen alsbald unsere Praxis des Umgangs mit den Möglichkeiten der Konsumgesellschaft nachzuahmen, und dem unaufschiebbaren Wandel unseres Lebensstils einen Ausgleich zu finden. Wie steht es um die innere Bereitschaft der Bürger des industrialisierten Nordens, um des gemeinsamen Überlebens der Menschheit willen eine asketischere Weltkultur unter bewußtem Konsumverzicht zu akzeptieren und zu fördern?

#### IV. DER RISIKOBEGRIFF ALS ETHISCHE KATEGORIE

Der moralische Charakter der ökologischen Krise begegnet allerdings nicht nur als Anfrage an die Grundhaltungen, in denen der moderne Mensch ihr gegenübersteht. Vielmehr wird an der Struktur der Sachentscheidungen, die aus einer veränderten Grundeinstellung heraus weiterhin zu fällen sein werden, auch deutlich, daß sich die Qualität der zu übernehmenden Verantwortung gegenüber herkömmlichen Handlungszusammenhängen verändert hat.

Die Auswirkungen menschlicher Eingriffe in die natürliche Umwelt scheinen mittlerweile sowohl räumlich wie zeitlich immer weniger begrenzt zu sein. Gleichzeitig mit dieser Entgrenzung nimmt der Komplexitätsgrad zu, in dem sie miteinander in Wechselwirkung stehen. Waren frühere Fälle von Umweltverschmutzung in aller Regel örtlich begrenzt, so betreffen sie – man denke nur an das Beispiel des sogenannten »sauren Regens« – heute ganze Kontinente. Waren frühere Eingriffe kurzfristig und reversibel, so betreffen sie heute viele Generationen – man erinnere sich des Entsorgungsproblems insbesondere von Chemieabfällen und Atommüll. Zudem wurden uns verhängnisvollerweise manche der gegenwärtigen Trends erst mit solcher Verzögerung deutlich, daß es für zeitgerechte Gegenmaßnahmen schon zu spät sein könnte. Mit dem Grad der öffentlichen Aufmerksamkeit für die realen Folgen unseres technischen und wirtschaftlichen Fortschritts und für die Mißbrauchsmöglichkeiten moderner Technologien nimmt das Vertrauen in die Kompetenz

---

<sup>20</sup> Botschaft (s. Anm. 1), Nr. 13.

von Experten ab – wozu, wie Bundesumweltminister *Klaus Töpfer* vor einiger Zeit betonte<sup>21</sup>, die Experten durch die Art und Weise maßgeblich selbst beigetragen haben, in der sie auf diese Vertrauenskrise reagierten. Wachsamkeit ist also gefordert im Hinblick auf mögliche oder tatsächliche Nebenfolgen dessen, was unter anderen Rücksichten wünschenswert erscheint –, damit nicht geschieht, was der Soziologe *Ulrich Beck* pointiert formuliert hat: »Die Nebenwirkungen einer Politik, die von den Nebenwirkungen absieht, drohen diese in ihr Gegenteil zu verkehren.«<sup>22</sup> Wo liegen, orientiert an dieser Aufgabenbeschreibung, die Defizite heutiger Entscheidungsprozesse?

Zunächst gilt es unseren Risikobegriff daraufhin zu überdenken, ob er die ethisch relevanten Dimensionen heutiger Gefährdungslagen überhaupt zureichend erfaßt. Der ingenieurwissenschaftliche Risikobegriff errechnet ein gegebenes Risiko aus der Größe eines möglichen Schadensereignisses, multipliziert mit der Wahrscheinlichkeit seines Eintretens. In der Regel wird dieses Risikoverständnis unverändert auch solchen politischen Entscheidungen zugrunde gelegt, in denen Fragen der ethischen Verantwortbarkeit und der gesellschaftlichen Akzeptanz von Risiken mit zur Debatte stehen. Dabei ist es offenkundig nicht dasselbe, ob die drohenden Schadensereignisse, auch wenn sie noch so unwahrscheinlich sein mögen, reversibel oder irreversibel sind<sup>23</sup>; ob sie zeitlich begrenzt wirken oder auf lange Sicht Menschen an ihren Folgen tragen müßten. Diese gerade

---

<sup>21</sup> *Klaus Töpfer*, Risikoakzeptanz, in: *Physikalische Blätter* 44 (1988) H.7, 190ff, hier 192: »Akribisch haben Wissenschaftler Risiken des größten anzunehmenden Unfalls errechnet und einer skeptischen Öffentlichkeit schließlich erklärt, daß die Konsequenzen dieses größten anzunehmenden Unfalls zwar verheerend seien, die Wahrscheinlichkeit seines Eintretens jedoch minimal. Der Versuch, der massenhaften Verunsicherung von Teilen der Bevölkerung über die Zukunft der wissenschaftlich-technischen Zivilisation mit Berechnungen zur statistischen Wahrscheinlichkeit eines GAU zu begegnen, mutet für mich heute fast naiv an.« – Noch deutlicher wird (der vor einiger Zeit durch einen Terroranschlag ums Leben gekommene) *Karl-Heinz Beckurts*, Gegen die Technikkritik: Information, Vertrauen, Vernunft, in: *Physikalische Blätter* 38 (1982) 63–65, hier 64: »Diejenigen, die in Deutschland für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verantwortlich sind, haben das ganze Problem der heraufdämmernden Krise in der Akzeptanz viel zu spät gesehen. Man war fest davon überzeugt, immer das Beste für die Gesellschaft und die Jugend zu tun, und stand den Angriffen, die Anfang der siebziger Jahre begannen, zunächst weitgehend hilflos gegenüber. Häufig war die Reaktion erst Verständnislosigkeit, dann oft auch Arroganz. Ich möchte auch nicht abstreiten, daß gerade in der Kernenergie-debatte die Befürworter an manchen Stellen zu optimistisch gewesen sind und manche Probleme unterschätzt haben.«

<sup>22</sup> *Ulrich Beck*, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, 364.

<sup>23</sup> Vgl. *Christopher Frey*, Zur Diskussion um die Wissenschaftsethik, in: *Der Staat* 21 (1989) 405–413.

moralisch ausschlaggebenden Merkmale von Risiken können in der ingenieurwissenschaftlichen Festlegung des Risikobegriffs kaum bemerkt werden. Diese Struktur des Problems bleibt zudem deswegen verborgen, weil man sich angewöhnt hat, Risiken, die für weiter nicht reduzierbar gehalten werden, als »Restrisiken« zu bezeichnen. Verwendet man diese Vokabel korrekt, so bezeichnet sie lediglich den Sachverhalt, daß bei einem definierten Schadensereignis und darauf bezogenen Abwehrmaßnahmen bestimmte andere Ereignisse oder ein Versagen der Gefahrenvorsorge nicht so weit mitberücksichtigt werden können, daß jedes weitere Risiko entfällt. Darüber, ob dieses Restrisiko akzeptabel ist, wurde damit noch gar nichts festgelegt. Genau dieses Mißverständnis aber liegt dort nahe, wo die Bezeichnung eines Risikos als »Restrisiko« unausgewiesen zum Synonym für »tragbares Risiko« geworden ist; das »Restrisiko« erscheint dann wie eines, das nicht allzu ängstliche Zeitgenossen vernünftigerweise eigentlich akzeptieren müßten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß zu der damit intendierten Beruhigung nur in wenigen Fällen Anlaß besteht.

Als defizitär erweist sich der verwendete Risikobegriff ferner immer dann, wenn bestimmte Kategorien von nicht intendierten, aber möglichen Folgewirkungen von vornherein nicht in die Folgenabschätzung einbezogen werden. Besonders sinnfällig wird dieser Fehler z.B. dort begangen, wo bereits in der Definition der Ausgangsprämissen sogenannte Alltagsrisiken von Kriegsrisiken getrennt und letztere fortan ausgeklammert werden – so als folgte bereits aus dem Wunsch, der Frieden möge erhalten bleiben, daß in der politischen Wirklichkeit Krieg nicht mehr möglich wäre. Krieg, Terrorismus, menschliches Versagen in all seinen Erscheinungsformen: von der Neigung zur Korruptierbarkeit bis zur Überforderung durch die Eigendynamik komplexer, schwierig zu steuernder großtechnischer Anlagen – dies alles sind reale Risikofaktoren, die in die Bewertung der Akzeptabilität derartiger Projekte mit einzubeziehen wären.

Weniger eklatant, doch nicht weniger folgenreich werden bestimmte Wirkungskategorien dort ausgeblendet, wo man nicht danach fragt, wie sich Vorteile und Risiken eines Projekts eigentlich verteilen und zu welchen sozialen Konsequenzen dies führen kann. Wiederum ist es offensichtlich nicht gleichgültig, ob die Vorteile eines Projekts denen zufließen, die das Risiko tragen, oder anderen. Wenn die Rentabilitätsberechnung eines Energieversorgungssystems darauf beruht, daß ab bestimmten, durchaus realistischen Schadensgrößen die Haftung des

Betreibers ausgesetzt und der Gesellschaft als ganzer übertragen wird<sup>24</sup>, so vermag ab einer gewissen Schadenshöhe eben auch die vielleicht geringe Wahrscheinlichkeit dieses Schadensereignisses den Verlust an Akzeptanz nicht mehr zu kompensieren. Die Verlegenheit, die sich stattdessen einstellen muß, sobald der unwahrscheinliche Schaden doch eingetreten ist, spiegelt sich dort wider, wo am Ende die Reaktion auf den eingetretenen Schaden in einer amtlichen Korrektur der zulässigen Belastungsgrenzwerte nach oben besteht.

Angesichts des Gefahrenpotentials, mit dem wir es heute zu tun haben, läßt sich auch fragen, ob der traditionelle moraltheologische Grundsatz »abusus non tollit usum« – der mögliche Mißbrauch verbietet nicht den vernünftigen Gebrauch – einer Ergänzung bedarf. Mit dieser Formel wurde ja nie behauptet, man solle etwa beides – den Mißbrauch wie den vernünftigen Gebrauch – friedlich nebeneinander koexistieren lassen; der Unwertcharakter des Mißbrauchs war vielmehr Grund genug, auf seine Minimierung zu drängen. Reicht diese Orientierung – den vernünftigen Gebrauch technischer Möglichkeiten nicht behindern, den Mißbrauch so unwahrscheinlich machen wie möglich – zur Bewältigung unserer heutigen Herausforderungen hin? Was gilt, wenn der Mißbrauch einer Sache erheblich wahrscheinlicher erscheint als deren zweifellos ebenso möglicher vernünftiger Gebrauch? Können wir es uns leisten, durch die Einführung neuer Technologien die Besserung der Menschheit noch dringlicher zu machen, als sie es ohnedies schon ist? Und stellt sich diese Frage nicht um so mehr dann, wenn zusätzlich die Folgen solchen Mißbrauchs irreversibler Art wären?

Nicht nur ethische Grundeinstellungen, auch herkömmliche Strategien des Umgangs mit Risiken und Risikodefinitionen bleiben also zu korrigieren. Der Papst konstatiert vor dem Hintergrund der heute bekannten Negativeffekte bestimmter industrieller und landwirtschaftlicher Projekte: »Das hat überdeutlich gezeigt, wie kein Eingriff in einen Bereich des Ökosystems davon absehen kann, seine Folgen in anderen Bereichen und allgemein für das Wohl künftiger Generationen mitzubedenken.«<sup>25</sup> Das Spektrum der Anforderungen, die eine solche Verträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen haben wird, erweitert sich dadurch ganz beträchtlich:

---

<sup>24</sup> Vgl. *Klaus-Michael Meyer-Abich*, Von der Wohlstandsgesellschaft zur Risikogesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 36 / 1. 9. 1989, 31–42.

<sup>25</sup> Botschaft (s. Anm. 1), Nr. 6.

- Jede Planung von Projekten, die mit signifikanten Eingriffen in die natürliche Umwelt verbunden sind, muß mit dem Auftreten ungewollter Nebenfolgen rechnen und diese durch eine planmäßige Folgenabschätzung zu antizipieren suchen.<sup>26</sup> Dabei gilt es sicherzustellen, daß sich diese vorausschauende Gefahrenabwehr in hinreichender wissenschaftlicher und finanzieller Unabhängigkeit von kommerziellen Interessen der Projektplaner vollziehen kann. Die Möglichkeiten, das Prinzip der »checks and balances«, wie es aus der Demokratietheorie bekannt ist, auf technische Entscheidungsprozesse anzuwenden, sind noch keineswegs ausgereizt. Solche Prozesse sollten zudem immer als Wahl zwischen alternativen Möglichkeiten ausgestaltet werden<sup>27</sup>; auch wenn am Schluß der alternative Weg nicht beschritten wird, gelingt es doch meist, den ursprünglich ins Auge gefaßten durch seine Konfrontation mit der Alternative zu qualifizieren.
- Leitendes Kriterium bei der Einführung oder dem Ausbau umweltbeeinträchtigender Techniken muß sein, daß die damit eingeschlagenen Wege wieder verlassen werden können, sollten sie sich nach einer gewissen Zeit doch als Sackgassen erweisen. Nicht nur Infektionskrankheiten, auch Umweltschäden haben zuweilen eine längere Latenzzeit. Lern- und Anpassungsfähigkeit des Menschen dürfen durch einmal beschrittene Pfade nicht blockiert, sie müssen im Gegenteil stimuliert werden. Irreversible Eingriffe tragen unter diesem Gesichtspunkt die größte Beweislast für ihre Legitimität. Je größer die potentiellen Auswirkungen sind, mit denen beim Eintritt bestimmter Schäden zu rechnen wäre, um so mehr muß das jeweilige technologische Konzept die Fehler- und Irrtumsanfälligkeit von Menschen und menschlichen Produkten in Rechnung stellen. In Situationen, die durch Unsicherheit gekennzeichnet sind, ist eher davon auszugehen, ein gewagtes Unternehmen könne mißlingen, als von der gegenteiligen Überzeugung, es werde schon alles gut gehen<sup>28</sup>; es gibt einen sittlichen Primat der Schadensvermeidung vor weiterer Nutzensteigerung. Darüber hinaus erlaubt es der Zeitdruck, mit dem bei Auftauchen nicht erwünschter Nebenfolgen Gegenmaßnahmen erforderlich werden, häufig nicht, abzuwarten, bis besorgniserregende Trends auf Komma Stellen genau verifiziert wurden; es gibt Entscheidungssituationen, bei

<sup>26</sup> Vgl. *Carl Friedrich von Weizsäcker*, Friede – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung, in: *Universitas* 44 (1989) 817–822.

<sup>27</sup> Vgl. *Meyer-Abich* (s. Anm. 24), 33f.

<sup>28</sup> Vgl. die Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz »Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung« (1985), Nr. 36.

denen gut begründete Vermutungen selbst für ein entschiedenes Vorgehen ausreichen müssen.<sup>29</sup>

- In den konkreten Strukturen der Verantwortlichkeit für politische und technische Entscheidungen darf die zu tragende Gesamtverantwortung nicht so weit in immer begrenztere Teilverantwortlichkeiten aufgespalten werden, daß tatsächliche Verantwortung im Ernstfall nur noch eher symbolisch übernommen wird. Was nützt der Rücktritt eines Ressortchefs anlässlich von schweren Fehlern, die in seinem Hause gemacht wurden, wenn dort weder vorher noch nachher Strukturen der Entscheidungsfindung realisiert sind, in denen das Gewicht der zu treffenden Entscheidungen und ihrer Wechselwirkungen gerade auch in ethischer Hinsicht für den einzelnen Entscheidungsträger noch erfahrbar wäre?

## V. POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE IMPERATIVE

Angesichts der Herausforderungen infolge des gewandelten politischen Verhältnisses zwischen Ost und West, der zunehmend drängenden Gerechtigkeitsprobleme im Blick auf die Länder des Südens und durch die Gefährdung der Schöpfung erweisen sich die heutigen politischen Strukturen des internationalen Systems als unzureichend. Im Blick auf das Friedensproblem wie auf die Durchsetzbarkeit effizienter Schritte für den Umweltschutz wird gleichermaßen deutlich, daß nationale Souveränitätsansprüche zunehmend vernünftigen Absprachen im Interesse des Wohls der gesamten Menschheit im Wege stehen. Der Rekurs auf Souveränitätsrechte muß als kostspieliger Anachronismus gelten, den sich die Staatenwelt angesichts des Handlungsdrucks auf allen Gebieten internationaler Politik und der wachsenden Interdependenzen der Völkergemeinschaft immer weniger leisten kann. Statt dessen benötigten wir dringend eine bindende und durchsetzbare internationale Rechtsordnung; soll sie funktionieren, so setzt dies eine Relativierung solcher Souveränitäten zwingend voraus. Die kirchliche Friedenslehre wird seit langer Zeit nicht müde, immer erneut darauf zu verweisen. Auch in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag hebt der Papst diesen Gesichtspunkt hervor.<sup>30</sup> Moralisch

---

<sup>29</sup> Vgl. Reinhard Löw, Wenn Gottes Weltmaschine steckenbleibt, in: Die Welt Nr. 94 / 22. 4. 1989, 17.

<sup>30</sup> Vgl. Botschaft (s. Anm. 1), Nr. 9.

akzeptabel aber wäre eine solche Rechtsordnung nur dann, wenn sie grundlegende menschenrechtliche Standards garantieren könnte; auch daran zeigt sich, wie eng Frieden, Menschenrechtsfragen und die Bewahrung der Natur miteinander verbunden sind. Die neue Weltfriedensordnung, die es in einer dem Leben freundlichen Umwelt zu realisieren gilt, muß wesentlich eine ethisch fundierte Ordnung sein – oder sie wird ihren Namen nicht verdienen.

Menschenrechte sind wesentlich auch Freiheitsrechte und Rechte zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, deren Folgen alle betreffen. Im Prinzip der demokratischen Organisation politischer Strukturen sind solche Möglichkeiten in einer bislang nirgendwo überbotenen Weise verwirklicht. Soeben sind wir Zeugen einer Entwicklung, durch die die politische Konzeption einer Ein-Parteien-Herrschaft sich vor die Trümmer ihrer Entwürfe gestellt sieht. Die neuen politischen Gestaltungschancen, die sich dadurch eröffnen, sind eine Quelle der Ermutigung, aber auch wachsender Verantwortung.

Wir gehören zu jenen reichen 15 Prozent der Weltbevölkerung, die mehr als ein Drittel des Düngers und mehr als die Hälfte der weltweit verfügbaren Energie verbrauchen – insofern sind wir weit überproportional am Treibhauseffekt beteiligt. Die meisten der konsumtiven Bedürfnisse, deren Befriedigung wir heute nachjagen, sind mittlerweile künstlich geschaffen; unser Lebensstil ist bewußt antiasketisch. Sind nicht *wir* es, die von der ökologischen Belastung bisher am meisten profitiert haben, und wäre es nicht nur gerecht, wenn wir einen entsprechenden Anteil an den Kosten der Minderung dieser Belastung übernähmen? Richtet sich nicht die Frage, wer auf der Welt den armen Ländern umweltverträglichere Wirtschafts- und Energieversorgungsformen finanzieren helfen und ihnen den Sinn solcher Aufwendungen durch eigenes Vorbild vermitteln könnte, vor allem an *uns*? Wäre nicht mehr als überall sonst auf der Welt bei uns der Ort, durch ethische Besinnung ein Denken zu überwinden, das Konsumorientierung ohne Rücksicht auf deren Folgen favorisiert? In den ökumenischen Versammlungen zu Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung war zu spüren, daß gerade den christlichen Kirchen hervorragende Chancen zuwachsen, Grundanliegen eines sozialen Ethos zu transportieren, das sich den Anforderungen der unter politischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten gewandelten heutigen Weltsituation stellt. Es erscheint nicht illegitim, auch auf die Träger dieses ökumenischen Prozesses die Ermutigung des Papstes zu beziehen: »Auch die Männer und Frauen, die keine besonderen religiösen Überzeugungen besitzen, erkennen es aufgrund ihrer



eigenen Verantwortung für das Allgemeinwohl als ihre Pflicht an, zur Sanierung der Umwelt ihren Beitrag zu leisten. Um so mehr müssen diejenigen, die an Gott, den Schöpfer, glauben und folglich überzeugt sind, daß in der Welt eine fest umschriebene und zielstrebige Ordnung besteht, sich aufgerufen fühlen, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Die Christen insbesondere stellen fest, daß ihre Aufgaben im Bereich der Schöpfung, ihre Pflichten gegenüber der Natur und dem Schöpfer Bestandteil ihres Glaubens sind. Sie sind sich folglich des weiten Feldes ökumenischer und interreligiöser Zusammenarbeit bewußt, das sich hier vor ihnen auftut.«<sup>31</sup>

---

<sup>31</sup> Ebd., Nr. 15.